



Änderung beim Landesmediengesetz NRW – Gespräch mit Rainer Stach vom Kölner Lokalradio

Seit 17 Jahren besteht in Nordrhein-Westfalen ein weltweit einmaliges Rundfunkmodell. Neben dem Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk existiert der private kommerzielle Lokalfunk, in den der Bürgerfunk eingebunden ist. Jeder Lokalsender muss 15 Prozent seines Sendevolumens dem Bürgerfunk zur Verfügung stellen. Dieser ermöglicht dem Bürger, über in Radiowerkstätten hergestellte Sendungen im lokalen Umfeld Themen anzusprechen, die sonst so nicht zu hören sind und Kritik anzubringen, die sonst ungehört verhallen würde. Das bedeutet aus Sicht der Bürgerfunker Meinungsfreiheit sowie Medien- und Demokratieteilnahme. Gefördert wird der Bürgerfunk aus den Rundfunkgebühren mit 22 Euro-Cent im Jahr pro Gebührenzahler. Die Parteien der Regierungskoalition (CDU und FDP) haben Anfang dieses Jahres einen Gesetzesentwurf vorgelegt, um das Landesmediengesetz zu novellieren. In diesem wird der Bürgerfunk auf eine Sendestunde pro Tag reduziert (bisher zumeist 2 Stunden), auf 22 Uhr verlegt (bisher zumeist 19 Uhr), die Förderung auf Projektfinanzierung umgestellt (statt bisher verlässliche Sendeminutenförderung). Dies bedeutet nach Auffassung der Bürgerfunker den „Tod auf Raten“, da ihnen Geld und Hörer entzogen werden. Wir sprachen über diese Problematik mit Rainer Stach vom Freien Lokalrundfunk Köln e.V.

Radio-Kurier: Die Gliederung des Gesetzesentwurfes beginnt unter dem Punkt A mit: Problem. Was ist das Problem?

Rainer Stach: Aus ihrer Interessenslage heraus sehen die Politiker von CDU und FDP ein Problem, wo eigentlich keins besteht,

Bild oben: Bürgerfunk-Kundgebung am 17.3. 2007 im Schatten des Kölner Doms. Foto: Andrea Wurnitsch..

geschweige denn ein solcher Handlungsbedarf. Das 12. Rundfunkänderungsgesetz befasst sich fast nur mit dem Bürgerfunk, und dies in absolut restriktiver Form. Zwei weitere Punkte in dem Gesetz, die nichts mit dem Bürgerfunk zu tun haben, sind die Abschaffung des Medienrats und der Medienversammlung. Alles zusammengenommen geht es einzig und allein darum, dem Bürger ein bisher gesetzlich verbrieftes Recht auf Meinungsfreiheit zu nehmen, zugunsten des privaten Lokalfunks. Ein Problem hat es allerdings seit Beginn des privaten Lokalfunks in NRW gegeben. Da je Sendegebiet nur eine Frequenz zur Vergabe verfügbar war, sah der Gesetzgeber die Notwendigkeit, Meinungsvielfalt in einem privaten Radio in der Hand des ortsansässigen Printmedienmonopols zu gewährleisten. Dies sollte geschehen über den offenen Bürgerfunk, dem die privaten Lokalsender 15 Prozent ihrer Sendezeit zur Verfügung stellen müssen. In Radiowerkstätten können die Bürger Sendungen produzieren, in denen sie über Themen (oftmals auch recht kritische) informieren. Für die privaten Lokalsender, die selbst dieses seit Jahren immer weniger einlösen, wird so sichergestellt, dass lokale Themen ins Programm kommen. Der Bürgerfunk ist – wie gesagt – auch kritisch und hält sich auch in der Auswahl der Musik nicht an die Musikkarte des privaten Lokalfunks. Von daher wird er vom privaten Lokalfunk seit jeher als Störfaktor wahrgenommen, was darin gipfelt, dass er immer als Abschaltfaktor denunziert wird. Statistiken, die dieses widerlegen, werden einfach ignoriert. In fast allen Sendegebieten in NRW ist der private Lokalfunk Marktführer, da er keine Konkurrenz hat. Denn der WDR zum Beispiel sendet keinen Lokalfunk: Er bringt nur Regionalsendungen. Aber außer den Lokalfunksendern gibt es

noch radio-nrw, das im Auftrag der privaten Lokalfunksender (denn nur diese haben die Sendelizenz, radio-nrw besitzt keine Lizenz) einerseits ein Mantelprogramm liefert, wenn der private Lokalfunk aus dem Äther geht, und andererseits Nachrichtenblöcke zuliefert. So haben auch die Nachrichten inzwischen immer weniger Lokalbezug, radio-nrw vermarktet auch die Werbung in seinen Sendestrecken. Und darum geht es nun hauptsächlich: radio-nrw Sendepunkte und damit Werbeeinnahmen zu verschaffen, indem der Bürgerfunk auf eine Stunde reduziert und auf 22 Uhr verlegt wird. Es wird also kein politisches oder gesellschaftliches Problem gelöst, sondern ein rein wirtschaftliches, indem es darum geht, einem schon heutigen Marktführer noch weitere Einnahmequellen zu eröffnen.

Radio-Kurier: In diesem unter „Problem“ betitelten Abschnitt heißt es unter anderem: „Nach mehr als vier Jahren mit dem Gesetz hat sich gezeigt, dass Vorschriften weiterentwickelt werden müssen, um flexibler als bislang auf die immer rascher vorangehenden technischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen reagieren zu können.“ Welche technischen Entwicklungen sind gemeint?

Rainer Stach: Da können wir nur spekulieren, denn es handelt sich zunächst nur um eine leere Worthülse. Wie wir es gewohnt sind, führen die Politiker nicht aus, was sie damit meinen. Gemeint sein könnte die Digitalisierung ab ca. 2015. Da muss aber nicht schon heute reguliert werden. Wenn aufgrund der Digitalisierung mehr Frequenzen frei werden, muss nicht schon heute der Bürgerfunk abgeschafft werden. Von daher ist zu befürchten, dass der Bürgerfunk heute abgeschafft werden soll, damit er morgen nicht die Kreise der um Zuhörerschaft buhlenden Privatsender im Wettbewerb stört.

Radio-Kurier: Welche gesellschaftlichen Entwicklungen sind gemeint?

Rainer Stach: Auch hier kann man nur spekulieren. Wieder nur eine leere Worthülse, denn es wird nichts erklärt. Es gibt zwei gesellschaftliche Änderungen, die seit Jahren unaufhaltsame Fortschritte machen: Zum einen werden in der Politik die Lobbygruppen der Wirtschaft immer einflussreicher, während der Bürger nur noch als Wähler (bestimmte Kreise benutzen auch das Wort „Stimmvieh“), aber nicht mehr als politischer Auftraggeber verstanden wird. Zum anderen schaffen Medien und Politiker zunehmend eine Politikferne und Politikverdrossenheit beim Bürger, die anscheinend durchaus gewollt ist. Anders lässt sich nicht erklären, dass z.B. der Bürgerfunk, der in seinen Sendungen informiert, aufklärt und kritische Fragen aufnimmt, ausgehebelt werden soll. Es geht also nicht nur um wirtschaftliche Interessen, sondern auch darum, dass diese widerspruchlos in unserer Gesellschaft durchgesetzt werden können.

Radio-Kurier: Welche wirtschaftlichen Entwicklungen sind gemeint?

Rainer Stach: Ebenfalls kann hier nur spekuliert werden. Der kommerzielle Lokalfunk in NRW ist der in den letzten Jahren erfolgreichste und hörerstärkste Rundfunk in Deutschland. Das macht Hunger auf mehr. Und die dem kommerziellen Rundfunk sehr verbundenen Parteien (CDU und FDP haben diese Verbundenheit in ihrer Koalitionserklärung ausdrücklich und wortwörtlich betont) machen dafür den Weg frei.

Radio-Kurier: Üben die Abgeordneten, die diesen Gesetzentwurf ausgearbeitet haben, noch andere Funktionen aus?

Rainer Stach: Wir wissen zumindest definitiv von dem CDU-Landtagsabgeordneten Thorsten Schick, dass er neben seinem Mandat noch als freier Journalist arbeitet. Bezeichnenderweise für den Lokalfunk Märkischer Kreis, dessen Chefredakteur bis vor kurzem noch im Vorstand des Vereins der Chefredakteure des Lokalfunks saß. Dieser Verein versucht durch seine Lobbyarbeit schon seit Jahren, den Bürgerfunk zu diskreditieren und fordert seine Reduzierung bzw. Abschaffung. Des weiteren arbeitet Thorsten Schick radio-nrw zu. Es ist schon bemerkenswert, dass entgegen dem Abgeordnetengesetz, das für solche Situationen der Befangenheit vorsieht, dass der Abgeordnete sich enthält, Thorsten Schick nicht nur in der Arbeitsgruppe der CDU an der Ausarbeitung des Gesetzentwurfs teilnimmt. Er ergriff auch während der ersten Lesung des Gesetzentwurfs im Landtag das Wort und entblödete sich nicht, auf den Beifall, den er von der Verlegerseite und den Redakteuren bekommt, explizit hinzuweisen. Darüber hinaus nahm er noch an der



Foto: Klaus Spielvogel.

Abstimmung teil. Soweit sind wir schon, dass ein Abgeordneter öffentlich kundtun kann: „Wes Brot ich ess’, des Lied ich sing.“ Und niemand außer den aufmerksamen Bürgerfunkern nimmt Anstoß daran.

Radio-Kurier: Ein Branchenmagazin schreibt über die Programmierer des Bürgerfunks als „Hobbyisten“. Machen sie Radio zum Spaß, als Zeitvertreib?

Rainer Stach: Es gibt über die Sendegebiete in NRW verteilt ca. 2.680 Bürgerfunkgruppen, die ihre Sendungen in ca. 150 Radiowerkstätten produzieren. Ca. 30 Prozent der Sendungen sind Musiksendungen, die meistens Sparten abdecken, die sonst nicht im Rundfunk vorkommen. Dann gibt es ca. 25 Prozent monothematische Sendungen mit langen Wortstrecken und gewisser Recherchentiefe. Daneben gibt es ca. 20 Prozent Sendungen von Vereinsaktivisten, die über ihre Vereinsarbeit berichten und wichtige Themen ihrer Interessensgebiete aufgreifen. Das sind aber beileibe nicht die berühmten Kaninchenzüchtervereine, sondern z.B. amnesty international, die Anonymen Alkoholiker, Dritte-Welt-Gruppen, Gewerkschaftsgruppen usw. Weitere 20 Prozent sind Mischmagazine, die ein Zugeständnis an den privaten Lokalfunk darstellen, in dem sein Format übernommen wird, allerdings in der Mehrheit mit deutlichem lokalen Bezug. Allen Gruppen dürfte gleichermaßen zueigen sein, dass sie ehrenamtlich engagierte Sendungen zu ihren Interessensgebieten machen. Und wer macht ein aufwendiges Ehrenamt nur aus Spaß oder zum Zeitvertreib?

Radio-Kurier: Wer sind die Institutionen, die aktiv im Bürgerfunk mitarbeiten?

Rainer Stach: Es gibt kaum Institutionen, die aktiv im Bürgerfunk mitarbeiten. Sehr wohl aber fungieren sie als Träger der Radiowerkstätten, um dem jeweils interessierten Bürger die Möglichkeit zur Produktion seiner Sendung zu geben. Da gibt es die Volkshochschulen, die darüber ihren pädagogischen Auftrag im Rahmen der Medienkompetenzvermittlung erfüllen. Des weiteren sind zu erwähnen die Kirchen und die Gewerkschaften. Rund ein Drittel der Radiowerkstätten sind an keine große Institution gebunden, sondern z.B. an Bürgerzentren, Jugendzentren und Medienzentren oder in eigener Trägerschaft.

Radio-Kurier: Gewerkschaften, die Vertretung der Künstler oder die Kirchen entsenden als gesellschaftlich relevante Gruppen Vertreter in die Rundfunkräte. Warum ist der Bürgerfunk denn notwendig? Werden denn ihre Anliegen nicht im öffentlich-rechtlichen Rundfunk präsentiert?

Rainer Stach: Ich denke, das sind zwei Paar Schuhe. Der Rundfunkrat im öffentlich-rechtlichen Rundfunk mit seinen Vertretern der gesellschaftlich relevanten Gruppen soll im öffentlich-rechtlichen Rundfunk die Pluralität (sprich Meinungsvielfalt) sicherstellen. Hier ist natürlich zu fragen, ob dies tatsächlich so geschieht. Meines Erachtens werden die Anliegen des Bürgers, gerade auch im lokalen Raum, nicht aufgegriffen. Dem Gesetzgeber ging es vor 17 Jahren bei der Einführung des privaten Lokalfunks in NRW aber – wie vorhin schon erwähnt – gerade um die Wahrung der Meinungsvielfalt im privaten Lokalfunk selbst. Die damals in der Regierung befindliche SPD – und zwischenzeitlich gemeinsam mit ihr auch die Grünen – sahen durchaus auch die positive Ventilfunktion, die ein Meinungsradio ha-



Webseite vom FLoK – Freier Lokalrundfunk Köln e.V.

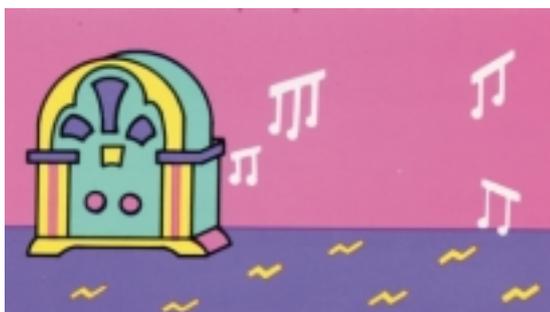
ben kann. Einerseits hatten diese Parteien genügend Selbstvertrauen, um der Bürgermeinung Raum zu geben und sich mit ihr auseinanderzusetzen, andererseits waren sie weise genug, zu sehen, dass ein Bürger, der seine Meinung offen und unzensiert verbreiten darf, sich auch ernstgenommen fühlt. Die Regierungskoalition aus CDU und FDP schlägt nun einen anderen Weg ein. Sie ist angetreten, um die Bürokratie abzuschaffen, und schafft im Bereich des Bürgerfunks nun über die Umstellung von Sendeminutenförderung auf Projektfinanzierung einen bürokratischen Moloch bei den Radiowerkstätten als Antragsteller und der Landesanstalt für Medien als Antragsbearbeiter. Sie ist angetreten, um das Ehrenamt zu fördern, und nimmt ihm nun im Bereich des Bürgerfunks den Raum. Wer sich so widersprüchlich verhält, tut wirklich gut daran, sich durch Abschaffung der Meinungsfreiheit der Diskussion zu entziehen, einer Diskussion, bei der er nur verlieren kann.

Radio-Kurier: Idealismus und Kommerz auf einer Frequenz? Passt das zusammen? Wäre ein Offener Kanal eine Alternative?

Rainer Stach: Zunächst einmal müsste für den Offenen Kanal eine freie Frequenz vorhanden sein und dies wird erst mit der Digitalisierung und zwar flächendeckend von Seiten der Sender und auch von Seiten der Hörer (mit entsprechenden Empfangsgeräten) der Fall sein. Das ist noch Zukunftsmusik. Die Beispiele in anderen Bundesländern haben gezeigt, dass der Offene Kanal nur in Großstädten aufgrund der vorhandenen Ressourcen gelingt. Radiogruppen z.B. in Sendegebieten im Sauerland würden evtl. 1 Stunde Programm pro Tag

Somit geht ein wichtiges Gestaltungsmittel verloren. Nehmen wir z.B. Köln, wo der Bürgerfunk Tag für Tag ca. 20.000 Hörer erreicht. Dies würde er bei google oder youtube versteckt niemals erreichen. Außerdem gibt es Bevölkerungsgruppen, die kein Internet und schon mal gar nicht einen Breitbandanschluss haben. Welcher Taxifahrer führt sein Laptop mit, welche Hausfrau bügelt oder kocht in der Nähe des Computers, welcher Senior traut sich ins Internet? Das Radio ist ein Medium, um die Allgemeinheit relativ einfach und auch ökonomisch zu erreichen. Wenn Politiker heute den Einsatz von Sparlampen fordern, ist es ein Widerspruch, den Bürgerfunk ins Internet zu verbannen. Dann müssten hier in Köln bei gleicher Zuhörerzahl statt im Höchstfall 20.000 Radios zu je 20-30 Watt pro Stunde 20.000 Computer mit Monitor, Router und den nicht abgeschalteten Geräten in der Peripherie eingeschaltet sein: ca. 200 bis 300 Watt pro Stunde. Dazu kommt der Stromverbrauch der Server für den Up- und Download, der ein Vielfaches von der Sendeleistung des Lokalsenders ist (300 bis 1.000 Watt).

Radio-Kurier: Die Änderung des Landesmediengesetzes ist Ausdruck eines Konflikts zwischen den kommerziellen Interessen von Zeitungsverlagen und Medienkon-



auf die Beine bringen, was einem Offenen Kanal sicherlich keine Zuhörerschaft bringen wird.

Radio-Kurier: Ist Radio übers Internet für den Bürgerfunk eine Alternative?

Rainer Stach: Radio über das Internet ist schon heute für viele Radiogruppen eine Ergänzung zum Bürgerfunk im Äther. Allerdings müssen sie ihre Sendungen um die Musikbeiträge bereinigen, da sonst GEMA-Gebühren fällig werden.

zernen und denen des engagierten Bürgers. Die EU-Kommissarin Vivian Reding erarbeitet zur Zeit eine Telekommunikationsrichtlinie. Das Radiofrequenzspektrum wird dabei einzig als ein wirtschaftlich verwertbares Gut angesehen. Ist das tatsächlich so?

Rainer Stach: Das Radiofrequenzspektrum ist nur der technische Weg der Verbreitung von Rundfunk, in dem es inhaltlich um die Gewährleistung von grundgesetzlich verbrieft Meinungsfreiheit geht. Paul Sethe, ein keineswegs dem linken Spektrum zuzuordnender Publizist, sagte in den zwanziger Jahren, dass Pressefreiheit die Freiheit von 200 reichen Verlegern ist, ihre Meinung zu verbreiten. Heute sind es wegen der Monopolisierung der Presse noch weniger. Diese Verleger besitzen bis zu 75 Prozent Anteile an den kommerziellen Lokalfunksendern und was sie nicht wollen, dass es in der Information vorkommt, das wird in Presse und Lokalfunk totgeschwiegen. Nur der Bürgerfunk garantiert noch die Meinungsfreiheit.

Radio-Kurier: Ist Radio ein Wirtschaftsgut oder ein Kulturgut?

Rainer Stach: Das ist Ansichtssache, wie so vieles andere auch. Aber zur Zeit ist in Deutschland laut Gesetzeslage der Rundfunk primär ein Kulturgut und unterliegt der Kulturhoheit der Länder, die einen Rundfunkstaatsvertrag abgeschlossen haben. Wirtschaftliche Interessen dürfen nur der Sicherung dieses Grundsatzes dienen. Das Bundesverfassungsgericht hat in allen Rundfunkurteilen hierzu klare Urteile gefällt. Gerade aus den Erfahrungen im Dritten Reich hatte die junge Bundesrepublik diese wegweisende Entscheidung gefällt, um Rundfunkmonopole zu verhindern. Und nun will die CDU/FDP-Koalition in NRW bei theoretischem Fortbestehen des verfassungsmäßigen Landesmediengesetzes über die Finanzierungskürzung, Sendezeitenkürzung sowie Abschiebung in die späten Abendstunden und damit in die Unhörbarkeit den Bürgerfunk und damit Meinungsfreiheit und Meinungsvielfalt praktisch abschaffen. Aber dazu wird das Bundesverfassungsgericht das letzte Wort sprechen.

Radio-Kurier: Vielen Dank für dieses Gespräch.

Die Fragen stellte Klaus Spielvogel.

Hinweise

⇒ Informationen zum Freien Lokalrundfunk Köln e.V. finden sich im Internet unter: <http://www.flok.de/>